BEBAUUNGSPLAN ZELLA – MEHLIS "LERCHENBERG"

– ENTWURF – TEIL B

Rechtsgrundlagen zum Bebauungsplan

1. Baugesetzbuch *(BauGB)* in der Fassung der Bekanntmachung vom 8.12.1986 (BGBl. I, S. 2253), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I, S. 466) in Verbindung mit dem Maßnahmeg.netz zum BauGB in der Neufassung vom 28.04.1993 (BGBl. I, S. 466)
2. Baunutzungsverordnung *(BauNVO)* in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I, S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. I, S. 466)
3. Planzeichenverordnung 1990 *(PlanzV 90)* vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991, S. 51)
4. Thüringer Bauordnung *(ThürBO)* vom 3.06.1994 (GVBl. Nr. 19, S. 553)
5. Bundes-Immissionsschutzgesetz *(BImSchG)* in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.05.1990, zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 22.04.1993
6. Thüringer Wassergesetz *(ThürWG)* vom 10.05.1994 (GVBl. Nr. 16)
7. Vorläufiges Thüringer Naturschutzgesetz *(VorlThürNatG)* vom 28.01.1993 (GVBl. S. 57)
8. Bundesnaturschutzgesetz *(BNatSchG)* in der Fassung vom 12.03.1987, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. I, S. 466)
9. Thüringer Kommunalordnung *(ThürKO)* vom 16.08.1993 (GVBl. Nr. 23, S. 501)

Es wird bescheinigt, daß die Flurstücke mit ihren ~~Grenzen und~~ Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster nach dem Stand vom 15.06.95 übereinstimmen.

Suhl, 01.08.95

Katasteramt

Im Hinblick auf die zur Verwirklichung des Bebauungsplanes vorgesehene Umgebungs/Grenzregelung werden keine Bedenken gegen die Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB erhoben.

Zella-Mehlis, den

Katasteramt

Die Stadt Zella-Mehlis hat am 30.03.1994 gemäß § 2 (1) BauGB die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen.
Der Aufstellungsbeschluß wurde am ..... ortsüblich bekanntgemacht.

Zella-Mehlis, den 02.08.95
Bürgermeister

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 (1) BauGB wurde ~~am 02.07.92~~ vom 07.12.1992 bis 02.07.92 durchgeführt.
Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 4 BauGB beteiligt.

Zella-Mehlis, den 02.08.95
Bürgermeister

Am 04.05.1993 wurde der Bebauungsplan gebilligt.
Dieser Bebauungsplanentwurf einschl. der Textfestsetzungen hat mit Begründung gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit vom 19.05.1993 bis 25.06.1993 zu jedermann Einsicht offen öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der Auslegung wurde am 14.05.1993 mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.

Zella-Mehlis, den 02.08.95
Bürgermeister

Die Stadt Zella-Mehlis hat mit Beschluß-Nr. 0471-1095 des Stadtrates vom 20.04.1995 den Bebauungsplan gem. § 19 der Thüringer Kommunalordnung vom 16.08.1993 gem. § 10 BauGB als Satzung

BESCHLOSSEN.

Zella-Mehlis, den 02.08.95
Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan einschl. der Textfestsetzungen ist gem. § 246a (1) Nr. 4 BauGB durch Bescheid des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 11.Sep.1995 ~~ohne Auflagen oder Nebenbestimmungen/Auflagen~~. Az: 210-5624.01-zu Nr. 1994/092-SHL «Lerchenberg»

GENEHMIGT.

Weimar, den 11.Sep.1995

im Auftrag:

Den erteilten Auflagen wird mit Beschluß-Nr. ..... des Stadtrates vom ..... beigetreten.

Zella-Mehlis, den

Bürgermeister

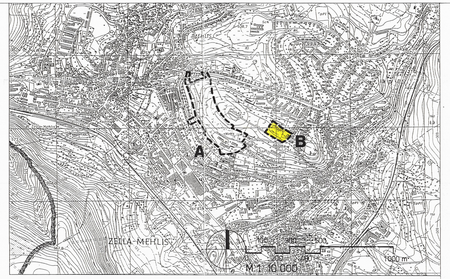
AUSFERTIGUNG

Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieses Bebauungsplanes mit dem Willen der Stadt Zella-Mehlis sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes werden bekundet.

Zella-Mehlis, den 13.03.1995
Bürgermeister

Die Erteilung der Genehmigung wurde am 23.03.1995 gem. § 12 BauGB ortsüblich bekanntgemacht.
Der Bebauungsplan tritt am 23.03.1995 in Kraft. Jedermann kann den genehmigten Bebauungsplan und die Begründung dazu an diesem Tag in der Stadtverwaltung Zella-Mehlis während der Dienststunden von ..... bis ..... einsehen und über Inhalt Auskunft verlangen.

Zella-Mehlis, den 03.10.1995
Bürgermeister



PLANZEICHEN

BEGRENZUNGEN

- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
- Baugrenze
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

Allgemeines Wohngebiet	WA
Maximale Traufhöhe	TH

BAUWEISE

- offene Bauweise
- Einzelhäuser (E)
- Doppelhäuser (D)
- Hausgruppen (H)
- Hauptfirstrichtung

VERKEHRSFLÄCHEN

- öffentliche Verkehrsfläche
- Straßenbegrenzungslinie
- Verkehrsfläche mit besonderer Zweckbestimmung (Verkehrsberuhigung)
- Aufpflasterung
- freizuhaltendes Sichtfeld
- Wanderweg
- öffentlicher Parkplatz (P)

SONSTIGE PLANZEICHEN

Nutzungsschablone

Art der Nutzung	Bauweise
Geschoßzahl	Traufhöhe
Grundflächenzahl	Bauweise

Nebenanlagen
- Stellplätze (St)
- Tiefgarage (TG)
- Garagen

- Fläche für Versorgungsanlagen
- Elektrizität
- Gas
- Abwasser
- oberirdische Versorgungsleitungen
- unterirdische Versorgungsleitungen
- (W) Wasserleitung
- (A) Abwasserleitung
- (F) Fernwärmetrasse
- (E) Elektroleitung
- Abbau von Versorgungsanlagen
- Flächen für Leitungsrecht
- bestehende Grundstücksgrenzen
- Bereich ohne Ein- und Ausfahrt
- mögliche Grundstücksparzellierung
- Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen

GRÜNORDNUNG

GRÜNFLÄCHEN

- Öffentliche Grünflächen
- private Grünflächen (P)
- Pflanzung von standortgerechten Bäumen und Sträuchern (Bäume ab Hochstamm mit 10 - 12 cm Stammumfang)
- Erhaltung von Baum- und Strauchpflanzungen

Maßangaben sind in Meter (m)

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN Planteil B

A) Art und Maß der baulichen Nutzung nach § 9 (1) BauGB

1. Im Geltungsbereich dieses B-Planes wird "Allgemeines Wohngebiet" (WA) nach § 4 BauNVO festgesetzt.
2. Ausgeschlossen wird die Zulassung von Punkt 5. des § 4 (3) (Tankstellen).
3. Das im Plan angegebene Maß der baulichen Nutzung darf nicht überschritten werden, auch wenn durch Ausnahmen größere Baufluchten dargestellt sind.
4. Ausnahmen können auf Antrag zugelassen werden.

B) Bauweise

1. Für die Gebietskategorie "Allgemeines Wohngebiet" (WA) wird offene Bauweise in Form von Einzelhäusern, Doppelhäusern und Hausgruppen festgesetzt.

C) Gestalterische Festsetzungen gemäß § 9 (1)

1. Zur Gestaltung der Gebäude sind natürliche und ortstypische Materialien zu verwenden.
2. Dächer:
   Zulässig sind geneigte Dächer mit Dachneigungen von 38° - 52°.
   Die Dächer sind mit kleinglänzigen Materialien blendfrei auszubilden.
   Als Grundfläche wird mit festgeschrieben:

   Flachdächer sind unzulässig.

   Dachgauben sind bei ausgebauten Dachgeschossen zulässig, wobei ein Abstand von 1,50 m von den Giebelwänden einzuhalten ist.
   Zulässig sind Schlepp-, Spitz- und Giebelgauben.
   Durchgehende Giebelständer sind unzulässig.
   Liegende Dachfenster sind nur zulässig, wenn sie vom öffentlichen Verkehrsraum nicht sichtbar sind.
3. Die im Plan angegebene Traufhöhe ist die Höhe zwischen der unteren waagerechten Begrenzung der Dachfläche und der Geländeoberkante von der Hangseite gemessen.

D) Sonstige Festsetzungen gemäß § 9 (1) BauGB

1. Pkw- Stellplätze sind in Tiefgaragen sowie in offener Aufstellung abzusichern.
2. Sonstige Nebengebäude sind unzulässig.
3. Bauliche Einfriedungen sind unzulässig.
   Die Wohnanlage ist durch geeignete Begrünungsmaßnahmen in die Landschaft einzufügen.

   Im Vorgartenbereich sind lebende Hecken bis 0,60 m Höhe zulässig.
4. Müllconnestandplätze sind durch geeignete Maßnahmen gegen Einsicht und Sonneneinstrahlung nach allen Seiten abzuschirmen.
5. **Verkehrsflächen gemäß § 9 (1) 11 BauGB**

5.1 Die sich bei der Straßenherstellung ergebenden Aufschüttungen und Abgrabungen sind vom Grundstückseigentümer zu dulden, soweit dies zur Angleichung der Verkehrsfläche an das vorhandene Gelände erforderlich ist.

5.2 Die Erschließungsstraße wird als Mischverkehrsfläche mit einer Querschnittsbreite von 4,75 m festgesetzt, wobei ein Randstreifen von 1,75 m als Pflasterstreifen auszubilden ist.

5.3 Im Einmündungsbereich und bei Fahrbahnversetzen ist die Oberflächengestaltung in Material und Farbe von der übrigen Befestigung abzusetzen.

5.4 Es sind 1,5 Pkw - Stellplätze pro Wohnungseinheit zu sichern.

Ebenerdige Stellplätze sind mit Öko- Pflasterung zu befestigen.

6. **Ver- und Entsorgung gemäß § 9 (1) 12, 13 BauGB**

6.1 Die der Versorgung des Gebietes mit Elektrizität, Wasser sowie der Ableitung von Abwasser dienenden Nebenanlagen können in Baugebieten als Ausnahme zugelassen werden, auch soweit im B- Plan keine besonderen Flächen festgelegt sind.

6.2 Es wird eine Flächen für Versorgungsanlagen vorgesehen.

7. **Grundstücksflächen gemäß § 9 (1) 3 BauGB**

7.1 Eine Abgrenzung der Wohnanlage durch Zäune ist unzulässig.

E) GRÜNORDNUNG

Festsetzungen zur Grünordnung nach § 9 (1) BauGB

1. **Pflanzgebote nach § 9 (1) Nr.25a BauGB**

1.1 Zur Gliederung des Baugebietes und zur Verbesserung des Wohnumfeldes und des Siedlungsklimas sind an den gekennzeichneten Stellen Bäume zu pflanzen.

1.2. Schwerpunkt der Begrünung bildet die Fortsetzung der Baumallee (vom Denkmal kommend) zur Ernst - Häckel - Straße.
Die Pflanzung erfolgt auf öffentlichem Grün.

1.3 Die Versorgungsfläche ist einzugrünen.

1.4 Die Versiegelung von Flächen ist auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

1.5 Oberflächenwasser ist weitestgehend am Standort zu versickern.

1.6 Pkw - Stellplätze sind mit Öko- pflasterung zu befestigen.

F) Hinweise

1. Ein geologisches und hydrologisches Gutachten sowie exakt vermessener Leitungsbestand lagen für die Planung nicht vor. Ein Baugrundgutachten liegt vor.
2. 75 % der nicht überbauten Grundstücksfläche ist als Vegetationsfläche zu gestalten. Der Anteil der Gehölzpflanzungen in m² soll 50 % des Anteils der versiegelten Fläche auf dem Grundstück entsprechen, das heißt bei einer vollversiegelten Fläche von 120 m² sollen 60 m² Gehölze neu angepflanzt werden.
3. *Bäume:*

Spitzahorn	(Acer platanoides)
Hainbuche	(Carpinus betulus)
Stieleiche	(Quercus robur)
Winterlinde	(Tilia cordata)
Sommerlinde	(Tilia platyphyllos)
Roteiche	(Quercus rubra)
Bergahorn	(Acer pseudoplatanus)
Buche	(Fagus silvatica)
Eberesche	(Sorbus aucuparia)
Weißbirke	(Betula pendula)
Schwedische Mehlbeere	(Sorbus intermedia)

   Obstbäume:

   alte Kultursorten

   Sträucher:

Hasel	(Corylus avellana)
Hartriegel	(Cornus alba)
Liguster	(Ligustrum vulgare)
Traubenkirsche	(Prunus padus)
Schwarze Heckenkirsche	(Lonicera nigra)
Blasenstrauch	(Colutea arborescens)
Hundsrose	(Rosa canina)
Apfelrose	(Rosa rugosa)

vermessen durch Vermessungsbüro Suhl

Achtung !

Höhenbezug ist lokal.
Es tritt ein Verschiebungsbetrag von - 7,97 m zum System HN auf.
Amtliche Höhen sind den Projektunterlagen des Planungsbüros Schmidt zu entnehmen.

Bebauungsplan Zella-Mehlis
"Lerchenberg" Teil B
–Entwurf–

Verbandsmitglied:	Verfasser:
Stadt Zella-Mehlis	**Planungsbüro Kehrer & Horn** Freie Stadtplaner Talstr. 50 98 544 Zella-Mehlis Tel./Fax: 03682/862116 PA Zella-Mehlis PSF 132 Bearbeiter: Dipl.-Ing. H. Horn Teilbf. A. Stefanow April 1995
Datum, Unterschrift	Datum, Unterschrift